

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (mit Post monatlich 2,30 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B. G., Dresden-III / Hauptredaktion: Dresdener Str. 156/157 / Druckerei: Montag bis 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitag von 14 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde.

Abbestellungspreis: Bei neuem oder geänderten Adressen oder deren Raum 0,30 RM. Bei Familienangehörigen 0,20 RM für die Restzahlung anstehend an den dreißigsten Tag einer Zeitdauer 1,50 RM. Abbestellungspreis: Montag bis 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitag von 14 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde.

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 6. November 1929

Nummer 259

Die Dresdner SPD läßt die Maste fallen

Ankündigung der Demonstration vor dem Landtag nur ein Bluff / Keine Weiterführung des Kampfes gegen die Regierungsvorlage, da nächstes Jahr der 9. November „Sonntag“! / Die Volkszeitung gesteht: Auch der deutschnationale Vizepräsident konnte nicht anders handeln wie Wedel!

Antwort an die Demagogen:

Die Kommunisten rufen zum 7. November auf!

Dresden, den 6. November.

Was wir voraussetzten, ist nunmehr eingetroffen. Die radikalen Phrasenbrecher um Edel und Sander, die sich als Kämpfer gegen den Reaktionsvorstoß aufstellten, haben die Maste fallen lassen. Gestern abend (auch eine von der SPD Groß-Dresden einberufene Funktionärssitzung) hat, an der auch einige KPD-Funktionäre teilnahmen, weil der KPD mituntergezeichnet hatte. In dieser Versammlung wurde durch die Landtagsabgeordneten Edel und Sander erklärt, daß die in den 3 öffentlichen Versammlungen vom Montag angekündigte Demonstration vor dem Landtag „überflüssig“ geworden sei und auch eine Weiterführung des Kampfes sich für dieses Jahr der 8. November belassen sollte und daß er nächstes Jahr auf einen Sonntag falle, sei auch für nächstes Jahr ein Kampf überflüssig. Damit ist das ganze Gebäude der Forderung, das die Edel und Sander unter dem Schilde des „Kampfes gegen den gesamten Reaktionsvorstoß“ aufrechterhalten, in sich zusammengebrochen. Die anwesenden Kommunisten wurden bei ihren Forderungen nicht gehört, eine Forderung auf Distinktion „taupfer“ abgelehnt. Immerhin war Edel gezwungen, die Aktivität der Kommunisten anzuerkennen, die vor dem Einzug in den Landtag sofort angekündigte Handzettel ausreichten, in denen die Stellung der Kommunisten präzisiert und der Kampf gegen den gesamten Reaktionsvorstoß gefordert wurde. Dieser Handzettel schloß mit einem Aufruf zu dem

Feiern des 7. November

des Jahrestages der russischen Revolution, die mit allen Reaktionen radikal aufgeräumt hat und deren Feiern durch die bewährte Macht der Arbeiter geschützt wird und unantastbar ist. Die SPD-Funktionäre haben sich nach von ihren Führern wehren lassen. Die Arbeiter in den Betrieben dürfen es nicht zulassen, daß dieser schändliche Herrsch überhand gewinnt, daß sie sich als Stimmwahl im Wahltag der SPD am 9. November mitgeschleppen lassen! Keine Klassenbewegung der Arbeiter! Unterliegt!

Demonstrieren mit den Kommunisten am 7. November für die Niedererschlagung der Reaktion durch die proletarische Revolution!

Die Begründung des Verrats

Über den Verlauf der gestrigen Funktionärssitzung der SPD erhalten wir folgendes Bericht:

Der Verrat der Vorhandlung und seine Forderung charakterisieren die Tatsache, daß es sich um eine reine SPD-Veranstaltung handelte. Neben den Landtagsabgeordneten Sander und Edel machte sich Krüger und Sander am Tisch breit. Als erster ergreift er in die Hand, um den parlamentarischen Verlauf der Auseinandersetzungen um den 8. November zu schildern. In grotesker Gegenüberstellung zu den radikalen Redensarten seines Reaktionsvorstoßes Edel erklärte er, daß die Arbeit der KPD des 8. November in parlamentarischer Ruhe erledigt hätten, wenn nicht die Heftigkeit der Reaktion sie zu dem Kampf gezwungen hätte. Der Verrat des 8. November bestünde in den „Erzungen der KPD“. Es handele sich auch nicht um die Form der Feiern, die wäre nicht von Bedeutung, es ginge nur gegen die gewollte Vermittlung der Arbeiterklasse. Der 1. Mai werde jedenfalls Feiertag bleiben. (Denkt an Stöckel!) Edel behauptete sich zunächst mit dem von den Kommunisten anerkennenden, daß er müsse die Aktivität der Kommunisten anerkennen, nur sei sie immer gegen die SPD gerichtet. (Gegen alle Feiern der Revolution!) Er versuchte dann, die Haltung der Kommunisten im Rechtsausschuß herabzusetzen, ein Widerspruch, das bereits in der Öffentlichkeit entlarvt worden ist. Auf die Haltung Wedels eingehend, erklärte er, daß Wedel im proletarischen Sinne die Geschäftsanordnung führte. (Wir haben an anderer Stelle eine Zusammenfassung der „proletarischen“ Geschäftsanordnungen und Hinweisverordnungen gegen die Vertreter der Opposition im Landtag veröffentlicht, die Herrn Wedel im wahren Lichte zeigt.) Er würde nochmals das Märchen auf, das von seinem eigenen Parteifreund Kraus widerlegt worden war, daß die Kommunisten bei der Wählerpräferenzwahl durch die Nichtbeteiligung an der Wahl Herrn Krüger in den Stille gelassen hätten. Auf einen Zuruf, ob er denn die Koalitionsdanks meinte, die dadurch gefördert worden sei, antwortete er, darauf wolle er jetzt nicht eingehen. Den 7. November könnte die deutsche Arbeiter nicht feiern, das könnten nur die von Kulkand überlieferten. (Vorstoß der „Internationaler Sozialist“) Überdies sei er nie für den 11. August als Feiertag eingetreten. (Und Herr Sander, und Herr Braun, und Herr Müller?) Die Kampfentscheidungen der Kommunisten, Betriebsmobilisierung und Arbeiterdelegationen nach dem Landtag hätten ja nur organisatorischen Wert, mehr würden sie nicht bedeuten. Die bisherige Handhabung der Geschäftsanordnung habe den 9. November für dieses Jahr per se.

Und da nächstes Jahr der 9. November (soviel) auf einen Sonntag falle, erübrigen sich weitere Maßnahmen

Wie zum Übermaßten November würde hoffentlich der Landtag anders ausfallen.

Damit gab er also die bisherige, von den Kommunisten aufgeworfene These, daß es sich nicht um einen Kampf für einen

normalen Feiertag, sondern um eine Zurückweisung eines Reaktionsvorstoßes von prinzipieller Bedeutung handelt, nicht auf. Schließlich versuchte er auch auf die von ihm selbst in den Vorkonferenzen am Montag angekündigte Demonstration auf der Brühlischen Terrasse einzugehen. Der ganze Abend spielte darin, die SPD-Funktionäre aufzufordern, ihre Kritik zu erklären zur SPD-Vorhandlung am 8. November zu schließen. (Wiederholter! Augen auf!)

Vom Vorstandlich wurde daraufhin eine Resolution verlesen, in der der SPD-Fraktion des Landtages das Vertrauen für ihre Haltung ausgesprochen wird. Daraufhin verlas Herr Wedel, der sich als Generalsekretär im Namen der Gesellschaft hielt, das Wort. Als Generalsekretär ihm jedoch nur Ausführungen zur Geschäftsordnung zu machen.

Genosse Wähld

nagelte daraufhin in kurzen Worten die verächtliche Haltung der SPD fest, die darin gipfelt, daß die Feiern zur Klassenbewertung angekündigte Demonstration einfach fallengelassen wird. Das kennzeichnet den Charakter des sozialdemokratischen „Kampfes“. Der Vorstand liebte ihn darauf auf die Reaktionsvorstoß. Genosse Wähld verlangte nunmehr offizielle Verlesung. Das wurde abgelehnt, da die SPD-Funktionäre diese Verlesung als ihre Parteipolitik betrachteten. Genosse Wähld erklärte darauf für die 1929 anwesenden Kommunisten, daß diese selbstverständlich gegen diese Resolution stimmen würden. Die Entscheidung wurde dann auch gegen die vier kommunistischen Stimmen angenommen.

Dieser Bericht kennzeichnet das schändliche Spiel, das die Dresdener Sozialdemokratische Partei mit der Kampfentscheidung der Arbeiter in den Betrieben treibt.

In den drei Versammlungen am Montag hatten die KPD ausbrüchlich zur Steigerung der Stimmung der Parteimitglieder eine Demonstration auf der Brühlischen Terrasse für die heutige Landtagsabgeordnete angekündigt. Daß die KPD schon damals

Sozialdemokraten übertreffen Bürger

Verbot des 7. November-Feiers durch Sozialdemokraten

Hamburg, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die von der kommunistischen Partei für den 7. November einberufene Kundgebung aus Anlaß des 12. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution ist auf Veranlassung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Schönlank verboten worden.

Ebenso wie das Berliner Proletariat am 1. Mai die Straßen behauptet, wird auch die Hamburger Arbeiterklasse sich durch kein Verbot daran hindern lassen, am 12. Jahrestag der Oktoberrevolution auf der Straße keine Kompromißschlüsse für die Verteidigung des sozialistischen Aufbaues Kampfplatzes zu demonstrieren.

Drei Revolutionskundgebungen

★ am 7. November

Annensäle
Hammers Hotel
Orpheum

20 Uhr

Vorher Fackelzüge / Stellplätze 2. Seite

Redner: Räder, Siegel, Sander

Mitwirkende:

Rote Raketen, Blaue Blusen, Rote Trommler

nicht an die Durchführung glauben, beweist der Verlesungsbericht in der gestrigen Nummer der Volkszeitung, in dem mit keinem Wort die Ankündigung der Demonstration erwähnt ist. Dafür bruchte die Volkszeitung selbst die Entschuldig des Innenministeriums ab, wonach die Durchführung einer Demonstration auf der Brühlischen Terrasse unmöglich sei. Daran knüpft die Volkszeitung den erbärmlichen Kommentar, daß die Verlesung nur „politologisch annehmbar“ gemessen sei.

Damit ist die heutige Demonstrationenankündigung, die als Ventil für den Kampfwillen der Arbeiterklasse gegen den Reaktionsvorstoß losgelassen werden war, als ein ganz gemeiner Bluff entlarvt.

Der Versuch, die Entwicklung des Kampfes gegen den Reaktionsvorstoß zu bremsten, wird durch die Tatsache einseitig widerlegt. Kurz nach der Bekanntgabe der Regierungsvorlage, bereits am 8. Oktober hatte die „Arbeiterstimme“ unter der Überschrift:

„Eine neue Propaganda“ — „Anschlag der Bürger-Killinger-Regierung auf den 9. November“

in einseitiger Weise den Reaktionsvorstoß charakterisiert und nach einer Überzeugung mit dem sozialdemokratischen Verrat an den demotierten Arbeitern und Soldaten einseitig gebührend aufgerechnet.

Die schändlichen Arbeiter werden in allen Betrieben und Organisationen gegen den reaktionären Vorstoß Stellung nehmen und dabei die Rolle der Sozialdemokratie gebührend aufzeigen.

In dieser einseitigen Stellungnahme haben sich die Kommunisten nicht betreten lassen. Sie sind von Anfang an der schärfsten Kritik an der jämmerlichen sozialdemokratischen Haltung entschieden aufgetreten gegen den Reaktionsvorstoß. Sie haben als erste und einzige die Notwendigkeit der außerparlamentarischen Mobilisierung gegen diese Propaganda der Bürger-Killinger-Regierung aufgezeigt und wie die Bourgeoisie gerade außerparlamentarische Mobilisierung fürchtet, beweist ja die Unterjochung der Durchführung einer Demonstration in der Nähe des Landtagsgebäudes selbst. Das aber nennt Herr Edel den agitatorische Maßnahmen. ... Noch schändlicher ist jedoch der Versuch, die Haltung der sozialdemokratischen Mandatsträger Wedel zu verteidigen. In Vorkonferenzen und in den Funktionärssitzungen spielt sich Herr Wedel als der Ketter und energische Vertreter des Kampfes auf. Am Landtag selbst gibt er die lächerliche Erklärung ab, daß er die Vorgänge, d. h. die Diskussion und ihre Zusammenfassungen „auf seine behauerte“ und in der gestrigen Volkszeitung wird sogar noch oft erklärt, daß der deutschnationale Vizepräsident Wedel nicht anders hätte handeln können als der Sozialdemokrat Wedel.

Wörtlich heißt es in dieser „Ungeheuerliche Angriffe gegen den Genossen Wedel“ übertriebenen Kritik:

„Sehr schade ist es, daß der deutschnationale Landtagsvizepräsident Wedel nicht die Selbsteinsicht hatte, bei den kümmerlichen Sitzungen

Im Bundtag zu sein, was er kann. Wir zweifeln also hierin, daß der Herr Staatsrat...
So jämmerlich betteln die Sozialdemokraten wieder um Gnade beim Bundtag...
Wir kommunizieren laien, daß die ganze Regierungsvorlage fallen muß

Wir kommunizieren laien, daß die ganze Regierungsvorlage fallen muß
Es ist die Pflicht der Sozialisten...
Der Verlauf der Kampagne um den 9. November zeigt wiederum die prinzipielle Bedeutung des ganzen Kampfes.

Es wird die Regierungsvorlage die Schlichtung der sächsischen Verhältnisse...
Vom 9. November 1918 bis zum 9. November 1929 geht sich um ein rotes Faden durch die gesamte Politik der SPD...
Tausende Arbeiter in den Betrieben als Erben der Sozialdemokratie...

Vom 9. November 1918 bis zum 9. November 1929 geht sich um ein rotes Faden durch die gesamte Politik der SPD...
an der kampfbereiten Arbeiterklasse.

Tausende Arbeiter in den Betrieben als Erben der Sozialdemokratie...
In dieser Situation rufen die Kommunisten und Arbeiter in den Betrieben...

In dieser Situation rufen die Kommunisten und Arbeiter in den Betrieben...
Die Kommunisten fordern die Arbeiter in den Betrieben auf, zum Zeichen des Kampfwillens gegen alle Reaktionsvorläufe...

Die Kommunisten fordern die Arbeiter in den Betrieben auf, zum Zeichen des Kampfwillens gegen alle Reaktionsvorläufe, zum Zeichen des Kampfwillens für die Vorbereitung einer siegreichen proletarischen Revolution...

Die Arbeiter müssen werden unter dem roten Banner der proletarischen Revolution...
Die Lehren des Proletariats aus dem Vorstoß der Bourgeoisie...

Die Lehren des Proletariats aus dem Vorstoß der Bourgeoisie gegen den 9. November...
Die Arbeiter müssen werden unter dem roten Banner der proletarischen Revolution...

Die Arbeiter müssen werden unter dem roten Banner der proletarischen Revolution...
Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Terror im Baugewerksbund

Kostene Stiebler ausgeschlossen! / Die Kollegen D. Schneider, Kostly (Frettal), Kupprecht, Groschel (Nabeberg) auf ein Jahr ihrer Rechte beraubt

Dem Kollegen Richard Stiebler wurde schriftlich mitgeteilt, daß er aus dem Reichlichen Baugewerksbund ausgeschlossen ist. Der Ausschlag erfolgte ohne Angabe von Gründen.

Die Kollegen Hugo Schneider, Dresden, Kostly, Frettal, Kupprecht, Dresden, Groschel, Nabeberg, wurden auf 1 Jahr von allen Rechten und von der Ausübung jeder Funktion ausgeschlossen, weil sie nicht nach dem Willen der Bürokratie tanzen.

Damit ist ein neues Beispiel für den Ausschluß und Spaltung der Reformisten geliefert, das sich an den schon vor einigen Wochen erfolgten Ausschluß des Kollegen Stiebler, Dresden, anreicht.

Mit diesem Ausschluß wird die Bürokratie die Opposition abdrücken und ihren wachsenden Einfluß zerstören. Sie will verhindern, daß die Opposition bei den kommenden Lohn- und Arbeitskampfen die Führung erhält und die Arbeiterinteressen gegen die labortierenden Bürokraten vertritt.

Den Bürokraten des FVB, Baugewerkschaft Dresden, ist der Einfluß der Opposition, ihre Arbeit unter den Kollegen so in die Knochen geladen, daß sie sich nur durch Ausschlässe retten zu können glauben. Auf die Angriffe der Opposition bei Abschluß des Reichslohntarifs, in denen die verärrliche Rolle der Reformisten gekennzeichnet wurde, wußten diese Kollegen nur mit einem Gejammer zu antworten. Auf vielen Baustellen und in Bezirksversammlungen ließen die Bauarbeiter diese Verärrter gar nicht zu Worte kommen. In der Protestversammlung der baugewerblichen Verbände gegen den Abbau der Erwerbslosenversicherung, in der Schumann sprach verlorste man die Erfolge der SPD- und Gewerkschaftsführer an den Mann zu bringen. Die Bauarbeiter, die den Schacher beim Abbau der Erwerbslosenversicherung verfolgt hatten, waren über den Schwindel Schumanns so empört, daß sie die Bonzen aus dem Saal jagten. Kollegen Stiebler wurde daraufhin ausgeschlossen. Weitere Oppositionsversammlungen, die die Organisierung der Bauarbeiter zum Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, gegen die verärrliche Nationalisierung am Band, gegen den Abbau der Erwerbslosenversicherung und gegen das verärrliche Verhalten der Gewerkschaftsbürokraten zum Ziele hatten, samt man zum Anlaß, den Kollegen Stiebler auszuschließen. Ganz katastrophalartig verlor man ihm schon 3 Wochen vor Ausschluß. Am 1. November aus dem Genossen Stiebler das Ausschlußschreiben des Bundesvorstandes mit folgendem Wortlaut zu:

Herrn Richard Stiebler, Omschwitz.

Der Bundesvorstand hat Dich gemäß § 16 Ziffer 2 unserer Gewerkschaftsordnung mit sofortiger Wirkung aus dem Deutschen Baugewerksbund ausgeschlossen.

Der Bundesvorstand. ges. (Unterschrift)

Genosse Stiebler hat sofort ein Protestschreiben folgenden Inhalts an den Bundesvorstand gerichtet:

Stellplätze zum 7. November

- Stadtteil 1 stellt 18,30 Uhr Welserhstraße. Hierauf gemeinsamer Abmarsch durch die Arbeiterviertel nach den Annensalen
- Stadtteil 2 bezieht sich an der Revolutionskundgebung in Striesen, in Hammers Hotel. Treffen: 20 Uhr, Dahms Restaurant, Rietschellstraße
- Stadtteil 3 stellt Altenberger Platz, 18 Uhr
- Stadtteil 4 stellt Bischofsplatz, 18,30 Uhr
- Stadtteil 5 stellt Leisniger Platz, 18 Uhr
- Stadtteil 6 3. und 3. Mees stellt sich 17,30 Uhr am Bürgergarten

demokraten bis zum dem Reichlichen Reichstages...
Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Das ist die richtige Antwort sein auf den strengen Ausschlag des sächsischen Reichstages...

Un den Bundesvorstand des Deutschen Baugewerksbundes...
Dem Unterzeichneten ist unter dem heutigen Datum der Ausschluß aus dem FVB per Einschreiben überliefert worden. Der Bundesvorstand begründet den Ausschluß mit § 16 Ziffer 2, also wegen verbandsschädigenden Verhaltens. Dem Unterzeichneten ist nichts bewußt, sich nach § 16 Ziffer 2 schuldig gemacht zu haben. Erhebe hiermit Beschwerde gegen den Ausschluß und verlange die Gründe, nach welchen mein Ausschluß erfolgt ist. Verlange weiter meine Wiederaufnahme in den Bund.
ges. Richard Stiebler.

Kollegen! Nehmt auf den Baustellen und in sonstigen Versammlungen Stellung! Protestiert gegen den Ausschluß und die Strafregelungen! Verlangt in Entschuldigungen die Wiederaufnahme! Vecht nicht, daß die Kollegen vom Verleumdungsdelikt ausgeschlossen werden! Vertritt die Kollegen hinaus, aber laßt das Recht des Verleumdungsdelikts für die Ausschlußlenen und Genährten nicht antreten!
Kämpft für die rote Einheitsfront der Proleten auf dem Bau!

Der zur Opposition!

Der erste Arbeiterprotest

Gestern abend fand eine Bauarbeiterversammlung in Cottbus statt, zu der Kollege Stiebler erschienen war. Der anwesende Bürokrat verließ daraufhin mit zwei SPD-Anhängern den Saal, während alle anderen Anwesenden dem Kollegen Stiebler folgten. Nach dessen Ausführungen wurde von der gesamten Versammlung einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Antrag

Die am 5. 11. 1929 im Arbeiterheim Cottbus tagende Versammlung der Bauarbeiter verurteilt aus schärfster die Handlungsweise des Vorstandes der Baugewerkschaft Dresden in bezug auf die Ausschlässe der Kollegen Albert Stiebler und Richard Stiebler aus dem Baugewerksbund, sowie das Schwarzstellen des Kollegen Hugo Schneider auf die Dauer eines Jahres. Die Versammlung erblickt in dieser Maßnahme des Vorstandes einen gemeinen Terror der Gewerkschaftsbürokraten gegen revolutionäre Kollegen und beantragte sofortige Wiederaufnahme der Kollegen Stiebler und Stiebler in den FVB sowie Aufheben der Sperre für Kollegen Schneider, Groschel, Kupprecht und Kostly.

Bauarbeiter, Zimmerer! Protestiert gegen die Bürokraten-diktatur im Bund

am Freitag, 8. November, 20 Uhr, „Körnergarten“, Dresden-Neustadt

Solidarisiert euch mit den entrechteten Kollegen! Kämpft gegen die Ausschlässe! Die Opposition.

Wo bleiben die Verhaftungen aller Sklarek-Korruptionisten?

Kur Gabel und Degener eingeladen! — Aber eine neue SPD-Größe entlarvt!

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung)
Die beiden Stadträte Otto Gabel und Degener sind im Anschluß an ein Verhör durch den Staatsanwalt Schaefer, die Stadträte Gabel und Degener, Direktor Schünning und Stadtrat Solofski wegen Verdachts der schweren politischen Verbrechen (Fotokopie unter Verletzung einer patentierte Erfindung und auf die Führung Sklarek wegen aktiver Beteiligung der eigentlichen fünf Verurteilten ausgeht. Gegen die Stadträte Gabel und Degener ist wegen Falschbestands und Betrugsdelikt Haftbefehl erlassen worden.

Die Rote Fahne schreibt dazu: „Wir begrüßen die Verhaftung Gabels und Degeners. Die Rote Fahne hätte als erstes Platz ihre Verhaftung gefordert und nach in ihrer politischen Ausprägung gezeichnet: Gabel ist eine proletarische Figur in Deutschland, dann wären die beiden längst nicht nur verhaftet, sondern vor ein öffentliches Volksgericht gestellt und gleich erschossen worden. Otto Gabel und Degener sind zu Recht, mit unserer Zustimmung festgelegt.“

Wo hört man etwas von der Verhaftung der beiden und noch schwerer belasteten Proleten, Schneider, Vohl, Böh, der Bruhn und Wolff und der Stadtbauinspektoren? Ihre Schuld ist um kein Jota geringer als die der Gabel und Degener. Sie wurden nicht verhaftet, weil die Koalitionstruppe ihre eigenen Freunde nicht einschließen wollen. Das ist ein Standeslosbegriff. Dabei ist getrunen wieder eine sozialdemokratische Säule gestürzt. Gegen den sozialdemokratischen Führer Schünning ist das Verbrechen wegen schwerer politischer Verbrechen eröffnet worden. Er ist Generaldirektor der Berliner Hafen- und Lagerbetriebsgesellschaft Beha. Er war vom Jahre 1924 auf 1925 Delegierter der Berliner Wahlvereinsgesellschaft und ist als solcher der eigentliche Vater der Rädlichen Verträge mit Sklarek. Als Gegenleistung für die Aufnahmegerichtigkeit, die er den Sklarek jähzornig, hat diese bei ihm unter anderem ein Kiezgericht eingerichtet, wofür er wieder Empfehlungen über Sklarek an die Magistratsstellen und beamtete Befähigtungen gab.

In diesem Zusammenhang veröffentlicht die Rote Fahne einen unterschriebenen Brief über ein Schreiben, das Schünning an Gabel richtete, in dem Gabel aufgefordert wird alle diesbezüglichen Geschäfte mit Sklarek zu tätigen.

Prinz Max von Baden gestorben

Am Sonntag, 6. Nov. Prinz Max von Baden, der letzte Reichsverweser des Weltkrieges, ein Sohn des Kaisers des Großherzogs Friedrich I. von Baden, ist am Mittwoch früh 3,45 Uhr im kaiserlichen Krankenhaus in Konstantz gestorben.

Prinz Max von Baden (umher 80), der letzte Kaiser des Reiches, genoss das unerschütterliche Vertrauen der Sozialdemokratischen Partei. Die SPD verurteilte den Bankrott der Monarchie in den Novembertagen 1918 dadurch aufzuhalten, daß sie den Monarchen Max von Baden zum Reichsverweser auszuwählen wollte. In seinen Erinnerungen veröffentlicht er selbst darüber folgendes:

„Zwischen 5 und 6 Uhr ging ich zu Ebert, um Abschied von ihm zu nehmen. Ebert sagte zu mir: „Ich bitte Sie dringend, zu bleiben.“

Ich fragte: „In welchem Zweck?“
Ebert: „Ich möchte, daß Sie Reichsverweser bleiben.“

Diese Bitte war in den letzten Stunden von meinen früheren Mitarbeitern wiederholt an mich gerichtet worden. Ich erwiderte Herrn Ebert:

„Ich weiß, Herr Sie im Begriff sind, mit den Unabhängigen ein Abkommen zu treffen, und mit den Unabhängigen kann ich nicht zusammenarbeiten.“

„An der Tür wandte ich mich noch einmal zurück:
„Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich aus Herz!“

Er antwortete: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.“

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen

Dieser kleine Dialog charakterisiert nicht nur Max von Baden, sondern ist auch der ganze Prozess, daß die Sozialdemokraten bis zum äußersten die monarchistische Front zu halten verstanden. Dieser ihrer reaktionären Rolle sind sie bis heute treu geblieben. Die Arbeiter müssen werden die Lehren daraus zu ziehen wissen



Der Barackenfskandal in der Hygienestadt Dresden



Parasiten und Hygieneausstellung sollen die Öffentlichkeit darüber belehren, daß in Dresden nach wie vor die Einwohner infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit oder sonstiger unglücklicher Umstände nicht in der Lage sind, von ihrem fälligen Gehalt oder den durch Wästel abgebauten Unterhaltungsgebühren die hohen Mieten zu zahlen, in Elternbaracken untergebracht sind, die jedem sozialen Empfinden Hohn sprechen. Während dieser Zeit im Herbst verhandelt ist, werden die Mittel für den Wohnungsbau durch den sozialdemokratischen Rat der Stadt für den Winter herangezogen, so daß nach wie vor das Wohnungsproblem ungelöst bleibt. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat jedoch mit aller Energie eingewirkt, wenn es sich um die Interessen der Arbeiter handelt. Und so war es auch in der Angelegenheit der Baracken, die die Kommunisten als „Kriegsbaracken“ bezeichnen. Nur von der kommunistischen Fraktion gehen die sofort durch Beiträge im Wohnungsbau besitzenden Familien.

Wie war im vergangenen Winter die Lage dieser durch Terror der Hausbesitzer aus ihren früheren Wohnungen verdrängten Einwohner?

Der Rat in Dresden hatte einem Untermieter, dem es in der letzten Straßensituation war darauf ankam, möglichst viel Platz herauszubekommen, den Rat der Baracken „Kriegsbaracken“ in der Vorstadt Völkersau am Weißeritzgraben überlassen. Die Baracken wurden zusammengebaut und nach Vollendung durch die Polizei auch für andere Zwecke benutzten. Die Wohnungen waren so klein, daß kaum Platz für die Möbel war. Die Bewohner der Baracken mußten schlafen, ohne das irgendwelche Abhilfe zu erwarten. Der überaus strenge Winter 1928/29 aber brachte die verdrängten Einwohner bald zum Verzweifeln. Die Zustände, die durch das Vorhandensein der Kriegsbarracken entstanden, wurden geradezu erschreckend.

Familien mit 3 bis 8 Kindern mußten in zwei Räumen hausen, die absolut keinen Schutz gegen die ungeheure Kälte bieten konnten.

Die Heizkörper waren so dünn, daß der Frost von außen her durch die Wände und Türen herein drückte. Das Licht, das durch die Lücken der Türen bis in die Stube, das durch die geschlossenen Holzfenster war ohne jede Füllung, so daß die Schimmerkerzen, die auf dem Dach lagen, bei „Beheizung der Wohnungen“ in die Stube und Kammer herein drückten. Die Bewohner der Baracken mußten schlafen, wie die von oben herabfallende Kälte ihre Möbel und Kleidungsstücke, sowie die Betten räumte. Eine Kommission des Stadtverordnetenkollegiums, zusammengesetzt aus allen Fraktionen, die auf Antrag der Kommunisten eine Besichtigung vornahm, mußte bestätigen, daß die Schilderung des kommunistischen Redners bei Begründung seines Antrages in keiner Weise übertrieben gewesen war. Aus den Kämen drang eine dumpfe Feuchtigkeit, weil die Bewohner infolge der kleinen Fenster des ganzen langen Winter gar nicht in der Lage gewesen waren zu lüften. Die Mitglieder der Kommission mußten sich persönlich davon überzeugen, daß teilweise die Kleidungsstücke in den Schränken, Kommoden und Koffern vermodert waren.

Sie mußten bestätigen, daß in einzelnen Fällen in 4 Betten 7 und 8 Kinder zusammengepfercht schlafen mußten.

Das Bettzeug war völlig durchfeuchtet, weil von der Decke die Kälte dauernd heruntertropfte. Kein Wunder, daß die Kinder in diesen Familien unterkühlt, krank und elend ausliefen. Manche mußten solche Kinder in das Krankenhaus übergeführt werden, um dann wieder in diese Elternbaracken unter denselben Verhältnissen wiederum der Krankheit zu verfallen.

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion neben der Forderung, daß die Baracken einer einwandigen Reparatur zu unterziehen seien, auch das berechtigende Verlangen, daß die Bewohner der Baracken zu entschädigen seien, der ihnen durch die ungünstigen Verhältnisse an Möbeln, Wäsche und dergleichen entstanden war. Kein Mensch konnte die weitere Forderung, daß der Rat für die evakuierten Einwohner, teils für deren Kinder die Arztkosten, teils die Kosten für die Behandlung im Krankenhaus, übernehmen sollte, die Berechtigung verweigern. Niemand konnte bestreiten, daß den Einwohnern durch die kommunistische Forderung auf eine Kohlenbeihilfe von 5 Zentner nur in ganz geringer Weise Ertrag für die hohen Kosten während des ganzen Winteres gegeben wurde.

Es war daher ganz klar, daß nach der Besichtigung keine Fraktion im Kollegium es wagte, dem kommunistischen Antrag zu widersprechen. So daß die Forderungen einstimmig angenommen wurden.

Was hat nun der Rat zu Dresden aus diesem Beschluß gemacht?

Nach momentaner Beschleppung, während welcher einzelne Bewohner dieser Baracken, die sich beschwerdefähig an die Kom-

munistische Fraktion gemeldet hatten, in der größten Weise schikaniert wurden, teils er dem Kollegium in längerem Schreiben mit, daß er, um das hier auszubreiten, dem Beschluß nicht nachkommt. Mit einem hohen Aufwand wird dargestellt, daß eigentlich die Barackenbewohner an diesen oben geschilderten Zuständen selbst schuld sind und dabei die Forderung aufstellt, daß die meisten dieser Familien gar kein Interesse daran hätten, aus diesen Baracken auszuweichen. In dem Schreiben, den die Bewohner durch die Präsidenten des Rates gehabt haben, kommt also noch der Spott: „Eine Forderung aus dem kommunistischen Lager werden das am besten verständlich machen. Es heißt da unter anderem: ...“

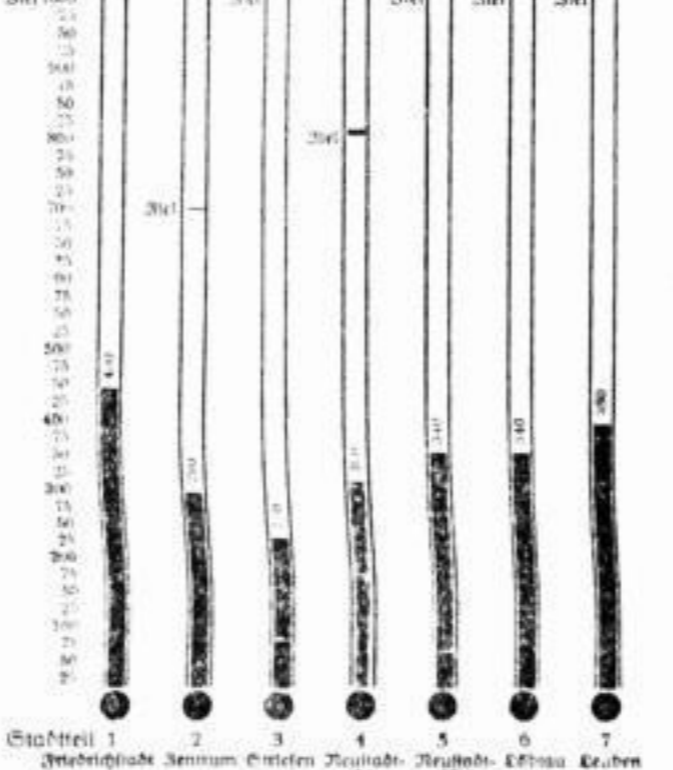
Das Wohnungsamt hat im Einvernehmen mit dem Fürsorgeamt beschlossen, dem besonders armen Familien für die Zeit bis zur Erlangung einer Wohnung eine weitere Barackenwohnung zur Verfügung zu stellen. Hieran hat aber nur eine indereiche Familie Gebrauch gemacht. ...“

Mit Rücksicht auf die Verhältnisse, daß für eine solche Barackenwohnung auch der doppelte Preis verlangt wurde, den natürlich die meisten gar nicht aufbringen konnten. Weiter wird dann mit einer kaum glaublichen Frechheit das Ergebnis der Besichtigung durch die Kommission in das Gegenteil umgekehrt, wobei man sich auf das Gutachten des Hochbauamtes stützt. Aufschrei ist von diesem Amt ohne Verständigung des Stadtverordneten und noch viel mehr, ohne Hinziehung der Antragsteller und Berichterstatter eine besondere Besichtigung vorgenommen worden. Hier das Ergebnis dieser Besichtigung: ...“

Eine Besichtigung der Baracken, die im Februar durch das Hochbauamt vorgenommen worden ist, hat ergeben, daß der bauliche Zustand gut war und die Wohnungen

Treibt das Thermometer hoch!

Das bisherige Ergebnis der Sammlung der Dresdner Kreissteuern für den Wahlfonds der SPD



Verstärkt die Arbeit, schafft Munition!

Der Polizeistiefel in der Baugenossenschaft Dr.-Leuben

Die illegale Kommunistische Partei der Dresdner Volksgemeinschaft trägt ihre Früchte. In dem Bezirk der Baugenossenschaft Dr.-Leuben, der revolutionären Organisationen zu unterbinden, vertieren heute die Funktionen der SPD, daß sie keine Funktionäre proletarischen Klassenbewußtseins. Bei einem Werkbesitzer für einen revolutionären Kampf hat er es das Ausschlußmitglied der Leubener Baugenossenschaft Vogel nicht nur fertig, von der in den Höfen konzentrierenden Kapelle zu behaupten, sie mache sich des Hausfriedensbruchs schuldig, obwohl Mitglieder der Kapelle in das Dresdner Rathaus

bis auf einige Schlafräume, die ungenügend gelüftet werden können, trocken waren. Naturgemäß können an Baracken, die nur als vorübergehende Wohngelegenhait gedacht sind, nicht dieselben Anforderungen gestellt werden, wie an Dauerwohnungen. (In Wirklichkeit mußten die meisten Familien zwei, drei und vier Jahre in diesen Baracken hausen. Die Red.) ...“

Im weiteren brüht sich nun der Rat mit den Instandsetzungsarbeiten, für die er, man höre und laune, 4700 Mark aufgewendet hat. Ganz selbstverständlich ist bei der Einstellung des Rates, daß an den menschenunwürdigen Zuständen nur die Bewohner selbst schuld sind. Sind es doch nur Arbeiterfamilien, auf die man keinerlei Rücksicht zu nehmen braucht. In dem famosen Schreiben, über dessen Inhalt die Stadträte Müller, Dr. Richter, sowie Direktor Penier vom Wohnungsamt mit Ausnahme näherer Details zu geben bereit sind, wird das so formuliert:

Die von den Bewohnern gemachten Beschwerden über die den Bewohnern durch bauliche Mängel angelegentlich entstandenen Schäden sind eingereicht, die geprüft worden sind. Die Prüfung hat ergeben, daß keiner der Schäden durch die Bauart der Baracken oder durch Mängel an ihnen entstanden sind. Alle Schäden sind durch Kochproben entstanden und wären unter den gleichen Voraussetzungen in jeder anderen Wohnung auch entstanden. Deshalb kann eine Entschädigungspflicht der Stadtgemeinde nicht anerkannt werden. Eine andere Frage ist es, ob man aus sozialen Gründen helfen will. Krankheitskosten infolge der Bauart der Baracken sind dem Wohnungsamt nicht bekannt geworden. ...“

Was sich die von den maßgebenden Herren als Beauftragte des Rates leisteten, ist mit parlamentarischen Ausdrücken gar nicht zu kritisieren. Wäre einer Kolonialausbeutung lindernder werden Tatsachen wegzulassen, die niemand bestreiten kann. Und diese Verbrechen werden nur zu dem Zweck gebührend, um sich der selbstverständlichen Pflicht, die an ihrer Gesundheit und ihrem Eigentum geschädigten Bewohner zu entschädigen, zu entziehen.

Es ist natürlich unmöglich, auf all die Demagogikentwürfen in den mehrseitigen Schreiben des Rates einzugehen, die immer wieder den Zweck verfolgen, die Bewohner schuldig zu sprechen.

Der Rat hat schließlich gegen die kommunistischen Stimmen brutal beschloffen, dem Beschluß der Stadtverordneten nicht nachzukommen.

Die ganze Angelegenheit wird das Stadtverordnetenkollegium nochmals beschließen, wobei die kommunistische Fraktion die Stellung des Rates mit aller Gründlichkeit beleuchten wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Mehrheit des Rates niemals gemagt hätte, den Beschluß des Kollegiums in dieser Weise zu sabotieren, wenn es nicht ganz offensichtlich gemein wäre, daß die bürgerlichen Fraktionen nur unter dem Druck der Verhältnisse dem kommunistischen Antrag zugestimmt hätten, wogegen in der Wirklichkeit daran interessiert sind, daß die Sabotage des Rates dann einleitet. Sie konnten sich das um so eher leisten, da ja auch die sozialdemokratische Fraktion dem Vorgehen der Kommunisten mit einer Passivität gegenüberstand, aus der jeder erkennen konnte, daß sie nicht viel Wert auf die im Sinne des Antrages liegende Erledigung legt. Die Dresdner Volksgemeinschaft, die sich bei jeder Gelegenheit mit der bildeten Schmiererei an den Kommunisten selbst, hatte keinen Fleck, um einander auf die von uns aufgedeckten Missetaten einzugehen. Nur Schamhaft und ganz verdeckt reaktivierten sie über die Angelegenheit und erleichterte damit dem reaktionären Rat sein bürgerliches Vorgehen. Nach wie vor vertritt nur die kommunistische Partei die Interessen der Arbeiter und Armen. Unentwegt kämpft sie in Stadt und Gemeinde für den Schutz der Winterheimstätten. Es gilt, am 17. November abzurechnen mit den Feinden der Arbeiterklasse.

Kommunisten in das Dresdner Rathaus muß für alle Bestätigten die Parole sein.

Sozialdemokratische Wahlmacht

Die Dresdner Volkszeitung vom 24. Oktober 1929 Nr. 249 berichtet:

Sozialdemokratische Anträge
Unsere Stadtverordnetenfraktion hat beantragt: Kollegium solle beschließen, den Verwaltungsrat der Strassenbahn zu ersuchen, sofort die Strassenbahnlinie 2 durch die Sodenstraße und die Rennbahnstraße bis zu den Siedlungen Winterbergstraße zu verlängern.

In der Verwaltungsvorbereitung der Strassenbahn stand am 21. Juni 1929 dieser Antrag der SPD unter Werner und Gensler zur Beratung. In dieser Sitzung berichtigte der Bauat für die Direktion und erklärte, daß er mit dem Stadtverordneten SPD-Mann Robert Fischer, eine Ortsbesichtigung vorgenommen habe und beide zu der Auffassung gelangt wären, daß eine Kostenvoranschlag nicht möglich, die Strassenbahn nach der Winterbergstraße zu führen. Man schlägt vor, beim Tiefbauamt zu fordern, daß ein Verbindungsweg von der Bahnstrecke bis zur Winterbergstraße angelegt werde. Die Direktion und SPD hielten es nicht für notwendig, hierzu den Antragsteller einzuladen. Die kommunistische Vertreter verlangten Erfüllung des Antrages. Werner, der abgelehnt wurde, die Direktion wurde lediglich ermächtigt, dem Verwaltungsrat die finanzielle Auswirkung des Antrages mitzuteilen. In einer späteren Sitzung des Verwaltungsrates berichtete die Direktion, daß eine Verlegung der Linie 2 bis zur Winterbergstraße der hohen Kosten wegen nicht in Frage käme, die anderen sei der Länge der nötigen Bewohner bis zur Siedlung Winterbergstraße als an anderen Stellen der Stadt. Die Bewohner würden in keiner Art benachteiligt. Auf Antrag der SPD-Berater beschloß der Verwaltungsrat, eine Ortsbesichtigung vorzunehmen, dies ist auch der SPD-Fraktion bekannt, die Direktion weiß aber gar nicht davon, eine Ortsbesichtigung vornehmen zu lassen, man kann schon eine

Vappenheimer. Der Antrag der SPD ist ein etliches Wahlmänner, um die Bewohner der Siedlung Winterbergstraße als Stimmvieh zu gebrauchen.

SPD-Stadtverordnete können Kirchenmitglied sein

Das „Rote Blatt“ Nr. 10 meldet u. a., daß im Bezirk Perlitz-Reinickendorf die Freidenker beabsichtigen, daß die dortigen Gemeindevorstände unbedingt aus der Kirche ausgeschlossen sein sollen. In dieser Versammlung fand eine sehr heftige Diskussion über diesen Punkt statt. Die Mehrheit der Mitglieder stand auf dem Standpunkt, daß also hier unbedingt kirchlicher nur als Kandidaten zu gelten haben. Als dann die Frage immer heftiger wurde, griff ein Freidenker in die Diskussion ein und beantragte die Neutralität der Partei in Religionsfragen und die Gleichberechtigung der religiösen Genossen weiterhin gelten zu lassen. In der darauffolgenden Abstimmung wurde dementsprechend entschieden, daß die Kandidaten nicht aus der Kirche ausgeschlossen werden.

So keine Kritik von dieser Versammlung genannt werden, so kann man ruhig annehmen, daß der „Freidenker“, der diesen Antrag zugunsten der religiösen Sozialisten gestellt hatte, zweifellos ein reformistischer Borse vom Hauptstand des BKAZ gewesen ist. Die Opposition hatte ja schon seit längerer Zeit darauf hingewiesen, daß der Freidenkerstand die religiösen Sozialisten unterdrückt. Dieses Beispiel sollte jeden Freidenker anspornen, seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei, die das proletarische Kampf abschließt hat und noch weitere kulturreaktionäre Vorurteile unterdrückt, zu geben.

Die Freidenker wählen nur die Vize der Kommunistischen Partei, die Partei, die allein den Kampf gegen das Konfessionsamt für den revolutionären Arbeiterkampf führt. Keine Stimme des Reich der religiösen SPD, Jede Stimme der SPD am 17. November.

lieh logar die Polizei jedoch, um die Propaganda unterbinden zu können. Das ist ihm jedoch nicht gelungen.

Die Leubener Einwohner mögen hieron erkennen, wie tief die Leute der von Böhmisch inspirierten SPD in Leuben gesunken sind.

Hier gibt es keinen Inspektor

Am 1. November dieses Jahres nächste ist als Obdachlosier in dem hübschen Hof, Viehstallungstraße, die aus Hundsbühnen sollen die Arbeiter für die „genossene“ Heberbergung und Verpflegung 2 Stunden arbeiten, die „genossene“ Heberbergung und Verpflegung bestand in einem Lager auf einer Drahtspirale und einer dünnen Metallplatte mit einer Scheibe trockenen Brotes als „Korngott“. Nach es die Arbeiter als eine besondere Wohltat empfinden sollen, wenn sie dann beim Abgang für die geleistete Arbeit eine weitere Scheibe trockenen Brotes erhalten. Kennzeichnet die ganze Massenarbeit und -wüßerei der kapitalistischen Fäulnis.

Als man mir zumute, in der Polizeistadt zu arbeiten, lehnte ich dies auch mit Rücksicht auf meinen krankhaften Zustand ab, da ich an Schwindel und Schwächezuständen leide.

Trotzdem ich ein diesbezügliches ärztliches Attest vorweise, wollte man mich zur Arbeit drängen, man schubte, hielt mich logar, und als ich in durchaus bösem Ton den Inspektor zu sprechen wünschte, um mich bei diesem durch mein Attest als kranker Mann auszuweisen, antwortete mir ein Beamter höflich: „Hier gibt es keinen Inspektor. Wir zeigen hier nur die Leute zur Arbeit!“

Dieser Mann glaubte mich darüber belehren zu müssen, daß jeder Mensch arbeiten müsse. Dabei empfand ich es als schwere Gesundheitschädigung, daß ich mit 37 Jahren bei allgemeiner Altersschwäche oft auf der Straße taumelte (ich hatte vor 2 Jahren einen Schlaganfall, der ärztlicherseits auf eine Keilung der Gehirnhäute zurückgeführt wurde). Wadrerlich wird der Mann wegen seiner besonderen Tüchtigkeit nicht hinaus, sondern hinaufgeführt. Ten ganzen Vorgang konnten 4 Jungen beobachten.

Betriebsunfall im Dresdner Hauptbahnhof. In den seitigen Nachmittagsstunden des Monats entgingen im Besonderen Dresdner Hauptbahnhofes an einer Weiche unweit der Sodenstraße zwei Personenzugwagen 3. Klasse mit je zwei Wägen. Dadurch waren zwei Weichen der Mittelbahn länger Zeit vollständig gesperrt. Nach mehrstündiger angestrengter Arbeit konnten die schweren Wagen wieder auf die Weiche gehoben und der entstandene Schaden beseitigt werden.

Juristische Sprechstunde am Freitag dem 8. November 1929 um 11 Uhr



Mus Dittschien



Der Königsteiner SPD-Sumpf

Die Furcht vor der Öffentlichkeit

Die Reichsinteressen von der SPD im Stadtparlament zu vertreten werden bemerkt einmal die Stadtverordnetenversammlung am 1. November. Nach Kenntnisnahme des Berichtes der Kommission zum der Halbjahresabschluss des städtischen Haushaltes zur Diskussion. Die Arbeiterschaft von Königstein wird nun erhofft haben, zu erfahren, wie sich der Stadtrat, welcher bekanntlich als das Werk der SPD gezeichnet wird, entwickelt. Doch weit gefehlt. Bei Beginn der Sitzung wurden erst die schriftlichen Berichte dem Kollegium ausgehändigt. Eine eingehende Diskussion wurde dadurch schon von vornherein unterbunden. Der Stadtverordnetenvorsteher Lindemann (SPD) bedauerte dann, die Sache in die Turnsaal-Kammer zu verlegen, da die Öffentlichkeit nicht zu wissen brauche, was im Stadtrat vor sich ginge. Der Stadtverordnete Adler (bürgerl.) las nun einen Satz vor, welcher besagte, daß, um das Allgemeinwohl der Königsteiner Arbeiter zu fördern, nur Königsteiner eingestellt werden sollten. Er kritisierte dann die Haltung im letzten Halbjahr, wo nur Auswärtige eingestellt wurden und die ausgeschulten Königsteiner ohne Arbeit gewesen sind. Doch dies war nur Redensart, auf einen Wink von Schulze Hermann bestimmte er, Dittschien eine Sache war den Herren Sozialdemokraten überlassen. Lindemann erklärte darauf, daß doch der Stadtrat nicht dazu da sei, um jedem seine 20 Wochen voll zu machen. Da Herr Lindemann wie wollen's besser legen: Der Stadtrat ist da, um verschiedene treue SPD-Anhänger unterzubringen, damit sie nicht merken, wie sie von ihren Parteigenossen im Kreis und Lande um ihre Unterstützung gebittet werden, und lernen um zwei Stunden lang zu sitzen. Was für ein warmes Herz die Sozialdemokraten für diese zwei haben, beweist, daß man sie reichlich einschließt hat mit vierstündigen Rundgängen, und doch am 1. Oktober vergessen hat, ihnen zu kündigen. In jetzt die Saisonarbeit vorüber ist, wird die Stadt den ganzen Winter hindurch den Gehalt von monatlich 1200 M. diesen bezahlen müssen. Kommen aber Erwerbslose, so ist natürlich kein Geld da. Im übrigen scheint hier vieles zu laufen, da man leider nicht vor der Öffentlichkeit hat. Wir werden aber doch hineinkommen. Wo dieser Punkt hand der Eintritt zur Landesbauernschaft zur Beratung. Der Eintritt zu werden würde angenommen. Die Stammeinnahme beträgt für August 1929 1000 M. auf jeden Einwohner kommen 50 Pf. Was will dadurch werden, daß auch in Königstein mehr gebaut wird. Wir als Kommunisten legen schon heute, daß dies eine Wirtschaftskrise für die kleinen Grundstücke zu Folge haben wird, und daß hier wiederum nur die Interessen der Bauernsorge gefördert werden und es eine Gefahr für die kleinen bedeutet. Denn ein Arbeiter wird nie in der Lage sein etwas zu sparen. Wir tun nur das eine übrig, wenn er verbrennt ist. Die SPD war natürlich keine Partei den arbeitenden Bauernsorge zu helfen. Wo für die armen Bauern nichts, aber ein warmes Herz für die Bauern. Das ist die Politik der SPD in Königstein und Stadt Arbeiter, antwortet ihnen am 17. November: Nicht Kommunisten ins Stadtparlament! Wahl! Wir Freier, Frau Regel. Arbeiterkorrespondenz 1688.

Wenn kein „Vergleich“ geschlossen wird

Den reformistischen Verbandvertretern ins Stammbuch. Die kirchlichen Werke in Coswig haben in letzter Zeit häufig mit dem Arbeitsgericht. Sie stellen, wie wiederholt von ihrem Vertreter hier erklärt wurde, ihren Betrieb „rationell“ um und lassen nun, nach dieses „technischen Fortschritts“ und der von ihnen durchgeführten Maßnahmen etwa 150 Mann ihrer Belegschaft kassieren. Es hätte Nationalisierung, ist für die Arbeiterschaft nicht zu befehlen mit kleinerer Gewerkschaften, Zahl und daraus folgender Kassenstellen. Daraus, starke Forderung kommt besonnen bei diesen von reinen Profitinteressen diktierten Abbaumaßnahmen der Betriebsrat. Wenn auch, wie tagtäglich die Praxis zeigt, die Vertreter über Anweisungen, soweit sie im Interesse der Belegschaft liegen, mit einer ruhigen Handbewegung hinweggehen, so zwingen die Betriebsräte doch Erfolge, wenn sie ohne Kompromisse und „Vergleiche“ ihren Weg konsequent gehen. Der Betriebsrat der Kirchlichen Werke plante vor dem Arbeitsgericht, weil bei der Auswahl der zur Entlassung gekommenen ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen vorgenommen worden sei. In dem zur Verhandlung stehenden Fall des Schlichters Friedrich sah er nicht nur eine unbillige Härte nach Paragraph 84 des BGG, sondern auch eine Verletzung. Der Betriebsrat habe bereits sechs Wochen vor der Entlassung zu Aktive gesagt: „Du, als Funktionär des Verbandes, illegitimer „Zucker“ und tatsächliche Hohe (natürlich nicht wegen seiner Funktionärsstellung?) Aktive mit dem. In er verheiratet und Vater eines Kindes ist und der letzte Mann im Betrieb blieb, wurde vom Betriebsrat der bei ihm eingeleitete Entzug als verstoß gegen anerkannt Herr Betriebsratentwurf Kuttner vertrat also keine die Maßnahmen der Betriebsleitung und sagte u. a. der nicht zur Entlassung gekommenen Aktive, dann könne sich schämen müssen und auch die Forderung bestehen. Sol eine Frage des Gerichts muß er aber wegschauen, daß dies auch Aktive könne. Nun ergründete der Betriebsrat noch etwas näher auf die Fragestellung einzugehen, vom Gericht wurde ihm aber bedeutet, daß dies nicht weiter nötig sei. Da ein Vergleich abgeschlossen wurde, mußte das Urteil gelassen werden. Es lautet: Die beklagte Firma wird zur Weiterbeschäftigung verurteilt, im Falle der Nichterfüllung hat sie an Aktive 600 RM Entschädigung zu zahlen. Mit den üblichen Argumenten verließen die Ausbeuter, die Meinung ihrer Betriebe von Funktionären zu begründen. Die Arbeiterschaft kann nur in geschlossenem Kampf ihre Betriebsfunktionäre gegen die Maßregelungen schützen.

Abfuhr der Nazis in Pirna

Am Sonntag land im Reichsbahnverlauf eine Rundschau für Nationalsozialisten statt. Als Referenten erschienen ein Nüncher und ein Herr Nationalsozialist. Der dem Lokal teilten die Hitlerische Zeitungen verkaufen durch einen Mann, der am Tag zuvor bei den Arbeitern um Unterstützung nachsuchte. Die Referate waren so miserabel, daß selbst die Mitglieder der NSDAP erlitten mußten sie mühten überhaupt nicht was die Referenten gemeint haben. Nach der „Wahlversammlung“, die von 150 Hitlerleuten einschließlich der aus Treiben Erdreinen befaßt war, fand eine „Kriegserklärung“ statt. Der Demonstrationstag zeigte, daß die Arbeiterschaft für die Hitlerbewegung nur Hohe und Spott übrig hat. Selbst die Ortsgruppenleiter erschienen für ihre eingeleitete Sonntagsschule der Nationalsozialisten nur mit höhnischem Gelächter. Die Nationalsozialisten werden getrieben haben, daß für sie in Pirna kein Platz vorhanden ist. Die Arbeiterschaft wird diesen Elementen die Leistung geben, indem sie am 17. November nächsten die Hilfe der Kommunisten wählt.

Pirna, (Arbeiterparlament) Im Mittelpunkt des Abends stand das Referat des Gen. Schulz Frau und Kirche. Zunächst wies Gen. Schulz die Entwidlungslinie im gesellschaftlichen Verhältnis der Geschlechter einander, und kam dann besonders auf die Rolle der Frau im Christentum zu sprechen, wo Bischöfe und Kirchenräte sich um die Frage brühten, ob die Frau überhaupt ein Mensch ist, und ähnliches. — Unterbrecht bemerkt die Entschung des Christentums wieder, wie die Kirche doch dem natürlichen Empfinden der Menschen entgegenkommen mußte. Dabei hat sie sich mit der Lehre von der unbefleckten Empfängnis Marias in ihren größten Widerspruch

vermischt. Die Stellung der Kirche zur Frau ist heute noch dieselbe; sie entspricht den Anforderungen der kapitalistischen Gesellschaft. Gen. Schulz schloß mit dem Appell die Frau im politischen und weltlichen Betätigungsfeld der Arbeiterschaft um jeden Preis an die Seite des Mannes zu bringen. In der Aussprache ergänzte Gen. Partzel verschiedene Punkte. Leider wurde von den verhältnismäßig zahlreich anwesenden Frauen nicht in die Debatte eingegriffen. Weiter beachtlich man die Einleitung des Theaterstückes „Der eiserne Mann“ vom Max Partzel. Bei den Vorschlägen zu weiterer planmäßiger Kultur- und Bildungsarbeit wurde ganz besonders auf den Treibenstufkurs über Arbeiterrechtfragen im Volkstheater Copia hinweisen. Besonders die im Betrieb lebenden Genossen sollten kommen um allen an sie als Arbeiter geschickten Fragen gerecht zu werden. Rechtsfragen sind Nachfragen. Darum kommt und lernt die Nach der Kirche dort drehen wo sie es merkt. Auslassende sind die Montore 25. November, 2. und 9. Dezember. Den Genossen der Gruppen Pirna und Jelen, die sich verpflichten, alle 3 Abende zu besuchen, steht der Rufus offen.

Modethaler Hausbesitzer als Hauspächter

In Modethal glauben einige Hausbesitzer, ihre Mieter besonders zu unterstützen. Der Besitzer des Grundstücks H 234 hat die Gewohnheit, des Nachts die Haustür von innen zu verriegeln, so daß die Mieter, wenn sie spät nach Hause kommen, trotz des Hauschlüssels das Gebäude nicht betreten können. Bei einem anderen Hausbesitzer wohnt eine Frau, deren Mann vor längerer Zeit nach Sonnenstein gebracht wurde. Mit offenem Mietschein wird verjagt, direkt kam die Wohnung zu rauben. Vor einigen Tagen kam es zu einem Streit zwischen der Mieterin und dem Vermieter, worauf dieser die Tür zuführte, so daß die Frau, die an der Türschwelle stand, getroffen wurde. Gegen diese Schikane müssen sich die Mieter in Modethal zur Wehr setzen, indem sie sich zusammenschließen und gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterschaft den Kampf gegen das Hausbesitzverderben führen. Arb.-Korr. 1661.

Die Oibersdorfer Arrestzelle als Wohnung

Vor längerer Zeit berichteten wir schon, daß in Oibersdorf ein wohnungsloses Ehepaar in die Arrestzelle des Oibersdorfer Gefängnisses einziehen mußte. Nach 17-tägigem Aufenthalt ist nun dem Ehepaar eine Wohnung zur Verfügung worden, so daß es die Zelle verlassen konnte. Der Bürgermeister von Oibersdorf hat nun dem Ehepaar folgenden Schreiben geschickt:

Oibersdorf, den 12. Oktober 1929.

Herrn Hilbert Lehmann

Oibersdorf 203.

Wie Ihnen bereits mündlich mitgeteilt worden ist, beträgt die Gebühr für die Benutzung (Übernachtung) der Zelle im Oibersdorfer Gefängnis 0,30 RM für den Tag. Diesen Satz müssen wir auch Ihnen berechnen und erlauben Sie deshalb, wöchentlich 2,10 RM an die Gemeindekasse zu bezahlen. Die seit Ihrem Eintritte vom 21. Juni 1929 rückständigen Beiträge wollen Sie in Raten abzahlen. Mittagsessen haben Sie einmal in Raten abgezahlt, und zwar vom 29. 6. bis 3. 7., am 8. 7., am 13. 7. (zweimal), und vom 8. bis 13. 7., was wir in Ihrem Briefe festgestellt haben. Es werden für die Wahlzeit 0,10 RM bezahlet, so daß Sie hierfür 0,20 RM zu zahlen haben.

Der Bürgermeister, J. H. Ringebach.

W 20 Markt sollen die Judenbesitzer an die Gemeindekasse zahlen. Dieser Satz ist ein taugliches Beispiel für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde Oibersdorf, von denen der Bürgermeister immer spricht. Es wird Aufgabe der Gemeindeführung sein, diesen Stand zu ändern. Die Gemeinde von Oibersdorf haben die Aufgabe, am 17. November Kommande zu wählen, indem sie die Liste der Partei wählen, die allein ihre Interessen vertritt. Die Liste der Kommunisten. Arbeiterkorrespondenz 1668.

Revolutionskundgebungen

am 7. November

Zschachwitz

Goldene Krone, 20 Uhr, Referent: Genosse Schrapel / Mitwirkung: „Blaue Blasen“

Frettal

Döhlemer Hof, 19.30 Uhr, Referent: Genosse Gabel

Ottendorf-Okrilla

19.30 Uhr, Referent: Genossin Trode Märlz

Bautzen

Drei Linden, 20 Uhr, Referent: Genosse Siegel

Oppach

19.30 Uhr, Referent: Genossin Olatzer

am 8. November

Pirna

20 Uhr im Volkshaus

Sitzung des Wahlausschusses in Frettal

Am 1. November tagte der Wahlausschuss. Es waren sechs Listen zur Gemeindevahl eingereicht, die sämtlich abgelehnt wurden. Die Reihenfolge wurde folgendermaßen festgelegt:

- 1. Sozialdemokratische Partei
- 2. Kommunistische Partei
- 3. Grund- und Hausbesitzerliste
- 4. Kommunistische Opposition
- 5. Ausschuss für Volksinteressen
- 6. Bürgerliche Einheitsliste.

Sehr beachtenswert für die Taktik der Bürgerlichen ist die Vorkommnisse der Bürgerlichen Einheitsliste mit der Grund- und Hausbesitzerliste. Die Kollisionsfrage der zwei Listen erfolgte nur aus dem Grunde, weil sie wissen, daß verschiedene Arbeiter sich ein Hauschen gebaut haben und sie auf deren Stimmen zählen können.

Sie werden damit wenig Erfolg haben. Die Arbeiter wählen in Frettal.

Die 2: SPD!

Änderung der Wahlkreise zur Stadtverordnetenwahl

Haberberg. Die in der Bekanntmachung vom 18. Oktober 1929 veröffentlichte Feinstrukturteilung für die diesjährige Stadtverordnetenwahl wird wie folgt geändert:

- 1. Bezirk: Kirchstraße, An der Kirche (bis her 4. Bezirk);
- 2. „ „ Bergstraße, Rosenthal, Kreuzenberg (bis her 4. Bezirk);
- 3. „ „ Katharinenstraße (bis her 7. Bezirk); Drehturmstraße Nr. 1-11, 13, 15 und 17 (bis her 8. Bez.);
- 4. „ „ Ballerstraße (bis her 3. Bezirk);
- 5. „ „ Schulstraße, Oststraße (bis her 6. Bezirk);
- 6. „ „ Birnauer Straße Nr. 32, 49 bis Ende (bis her 5. Bezirk) und
- 7. „ „ Hindenburgstraße (bis her 6. Bezirk)

Arbeiter Sport

Spaltungsarbeit auch bei den Handballspielern

7 oppositionelle Genossen herausgeworfen

Kreispieltag am 1. 11. in Dresden

Das ehemalige Team der „Handballspieler“ aus dem 4. Kreis umfasste 45 Genossen aus allen Bezirken waren anwesend. Nach reichlicher Versammlung erhellte Genosse Schulte mit dem Hinweis, fruchtbringende Arbeit zu leisten, aber auch in politischer Hinsicht für auszusprechen, was ist, die Sitzung. Er meinte damit: Der Kampf mit den Kommunisten.

Die Tagesordnung wurde genehmigt. Am 1. Punkt sollte Gen. Strohdach über die Spielbewegung im Kreis referieren. Die Referat wurde ihm aber an, über die Delegierten hinweg erst den Bundesrat über die Lage im Bund sprechen zu lassen. Am eben noch vorbereiten die anwesenden Oppositionellen an die Luft zu blasen. Schulte gab einen Überblick, sprach von den frühesten „schönen Zeiten“, als mit den drei Arbeiterpartei (KPD, KZP, SPD) ausausfallen war. Aber eben die Genossen nur persönlich hat beteuert. Aber all das wurde anders, als sich die kommunistische Internationale einmischte. Er behauptete, die Spaltung wurde bewirkt durch die Tagesordnung werden (11), um eben den Bund kurzweilig zu machen (12). Er schloß das Referat mit dem Bundesrat 1922 den Bundesrat 1924 in Köln. Hebrat wüßten schon die Kommunisten am Werke gewesen, den Bund zu untergraben. (Schulte war damals Mitglied der KPD — hat er auch mit untergraben???) Nummer fünf des Bittersche 1929 (historisch durch die leinestgenübende sozialdemokratische Spaltungspolitik). Er glaubt, eingetreten zu sein in all die angeblichen Methoden und Taktiken der KPD. Mit einer verächtlichen Geste behauptete er: Die Kommunisten wollen ja Kasse, sie wollen die Spaltung. Mit gebrochener Stimme erklärte er: Endlich hätten die SPD-Genossen eingesehen, daß Schulte gemacht werden muß (1). Er kam dann in den Bundesratsbeschlüssen schloßerte wie man sich lächerlicher Funktionäre im 1. Kreis (Berlin) entsetzt hätte. Und dann kam der Riesenwandel. Er sprach wörtlich: „Der 1. Kreis hätte beinahe wieder die Rittlerzahl, sowie die schändliche Höhe erreicht, wie vor der Spaltung.“ Bewußt schamlos er drauflos mit dem Motto: Etwas wird schon kommen. Dabei weiß man, daß 25.000 ausgeschlossen etwa 12.000 losgerannte „Bundesrat“ gegenüberstehen. Interessant war zu hören, daß der Arbeiter Sport getrennt wurde vom bürgerlichen Sport, was ja auch richtig und notwendig war. Aber er legte, um den bürgerlichen Sport zu vernichten, sprechen hunderte von Tausenden dagegen. Nicht umsonst sprach Schulte in Köln in den Deutschen Turnern, indem er ihre geleistete Arbeit zum Wohle des Volkes anerkannte und von ihnen noch großes für das deutsche Volk erwartete. In Nürnberg fand man ihn wieder. Hier sprach er in aller Offenheit, daß er versuchen wird, alle bürgerlichen und Arbeiter Sport und Kulturorganisationen unter einen Hut zu bringen. Das war für Schulte ein nicht mißverständlicher Wink. Um nun diese Behauptungen durchzuführen zu können, muß erst seiner Tisch gemacht werden. Dazu ist notwendig, daß alle irgendwie oppositionelle Genossen von der Bühne verschwinden müssen. Aber gemacht, hier Herr von der Rittlerstraße, das was er eingebrocht hat, muß ihm auch auslöschen, und das wird auch nicht gerade gut bekommen.

Der Genosse Rittlermann wurde natürlich auch bei Schulte „wieder dran glauben“, Gleich nach den Ausführungen

von Schulz erklärte ein Leipziger Genosse, daß sich eigentlich eine Diskussion erheben sollte. Es ist nur notwendig, über die Resolution abzustimmen. Oppositionelle Genossen wandten sich dagegen. In kurzen Ausführungen wies er fest, daß es nicht, wie beachtlich behauptet wird, für oder gegen den Bund lauten muß, sondern für den auf proletarischer Kampfbasis und auf dem Boden der sozialdemokratischen Spaltungspolitik lebenden KPD. Eine eingegangene Resolution wurde glatt unterzogen. Sie lautet:

Die Delegierten des Kreispieltages protestieren lebhaft gegen die Spaltung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Der Bundesrat, der keine sozialdemokratische Interessen vertritt, indem er bisher in ganz Deutschland rund 20.000 Sportgenossen ausschloß, weil sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Republikanisierung des Arbeiter Sports und damit gleichzeitig gegen eine mögliche Verdrängung des Arbeiter Sports wenden, will diese Spaltungspolitik nicht auch in Sachsen durchführen. Eine ganze Reihe Vereine und auch einzelne Genossen wurden in den letzten vier Wochen aus dem Bund herausgeschmissen, weil sie nicht zu Gefängnisgruppen wurden. Mit einer Brutalität, die ohne Beispiel in der Arbeiter Sportbewegung Deutschlands ist, geht man oppositionellen genanten Funktionären, die sich zur revolutionären Arbeiterbewegung bekennen, die Hilfe auf die Brust: Entweder für den Bundesrat und die sozialdemokratische Interessentretung, oder Ausschluss aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund. Mit demselben Ausmaß gegen diese Spaltungsmethoden und fordern sofortige Zurücknahme aller ausgeschlossenen Vereine und Mitglieder. Die Delegierten bekennen sich zu ihren ausgeschlossenen Bundesgenossen und werden solange, wie die Ausschlüsse nicht zurückgenommen werden, den sportlichen Verkehr mit den ausgeschlossenen aufrecht erhalten im Interesse der Einheit und des Kampfes der Arbeiter Sportbewegung gegen den sozialdemokratischen Spaltungskurs.

Um den oppositionellen Genossen keine Gelegenheit mehr zu geben, dem Kreispieltag ihre Meinung zu sagen, kam sofort der Antrag auf Schluß der Debatte, der gegen acht Stimmen angenommen wurde. Eine schändliche Rücksicht der demokratischen Rechte kann es wohl nicht geben, erst, ohne die Delegierten zu fragen, die Tagesordnung umzuwerfen, und dann nicht eine Aussprache darüber führen zu können. Schulte im Schlußwort habe es natürlich leicht leicht keine Dreifach über die kommunistische Partei auszusprechen.

Man kam nunmehr zur Abstimmung über die sozialdemokratische Entschlossenheit. Gegen sieben Delegierte wurde sie angenommen.

Somit wurden auf einen Schlag sieben der besten Sportgenossen ausgeschlossen. Die Praxis wird es auch ergeben, daß vor allem in ländlichen Gegenden die Handballspielbewegung nunmehr banalisiert wird.

Nach der vorgenommenen Abstimmung waren die „Bundesrat“ unter sich, die Tagung konnte nunmehr glücklicher durchgeführt werden.

Mit dem ersten Willen zurückhalten, sich zusammenzusetzen gegen den von der Bundesleitung einseitigen Kurs, für den toten Arbeiter Sport trauten sich die „Ausgesprochenen“.

Arbeiterkorrespondenz 1678.

Das dritte Quartal

In jeder Tonart kann man, wenn man will, das Gedrüll der Gewerkschaften hören: Die Gewerkschaften sind politisch neutral! Statutarisch haben sie das sogar festgelegt. Diesen behäbigen Schwundel, und nebenbei bemerkt, ebenso behäbigen Schwundel kann man mit Hilfe jedes Druck-Erzeugnisses der Verbandsbroschüre spielen lassen. Die heutigen Druck-Erzeugnisse der Gewerkschaften sind keine Agitationsplakate der SPD, die auch über die Verbandsblätter ihre Vollkommenheit inheimlich betreibt. Bei allen Wahlen treten die Verbände seitens der SPD nicht als Sozialdemokraten ein, als ob nur Sozialdemokraten Mitglieder der Verbände wären. Die politische Neutralität der Verbände ist eben dort zu Ende, wo die Sonderinteressen der Sozialdemokraten beginnen. Man phantasiert in der SPD von einer Million Mitglieder, die sich tatsächlich notwendig durch eine Kartei belegen lassen, aber man hütet sich, von zehntausenden Mitgliedern zu sprechen, denn dann dürfte kaum ein Kandidat dieser massenhaften Klasse übrig bleiben. Und der Kandidat hat für die Hälfte an Parteiposten zu sorgen, auf anderen Hälfte hat es bunte Kandidaten, die als Aspiranten auf Parteiposten anzufragen sind. In den Parteiposten Anstellungen kann man jetzt ein Vakuum finden: 92 Prozent der Bevölkerung sind wertlos. Sie sollen durch einen Mann mit einem Hammer verfertigt werden. Darunter verkommt, mit einer Hammer unter dem Arm, der tapfere Mann, der sich der arbeitenden Bevölkerung bindend in den Weg stellt, um sie um die Früchte ihrer Arbeit zu betrügen. Er soll wohl den Einfluß der SPD auf die wertlose Bevölkerung aufheben. Ein einziger Akt der Sozialdemokratie würde genügen, um dieses elende Volk und dieses elende Volk zu zerstören. Um die unglückliche Rolle dieses Arbeitermeisters zu verfeinern, wird häufig in Kommunisten gemacht. Aus jeder Gewerkschaft, oder Vereinigung kann man den Kommissar dafür wählen. Als Kommissar wollen wir die letzten Druck-Erzeugnisse der SPD heranziehen. Die Ausgabe vom 12. Ok-

tober Nr. 41 soll die Streikbereitschaft der Berliner Ortsverwaltung der DGB rechtfertigen, deshalb muß der Artikel „Streikbereitschaft der DGB“ zur Rechtfertigung der Gemeindefürsorge der Ullrich-Erdt den Mitgliedern der DGB aufgeführt werden. Jeder Metallarbeiter, der dieses elende Gedrüll liest, braucht sich nur mit irgendeinem Berliner Arbeiter in Verbindung zu setzen, sehr schnell wird er dann den DGB-Schwundel erkennen. Allerdings darf er sich dabei nicht an einen vom DGB vermittelten und von den leitenden Arbeitern hergestellten Streikbrecher wenden, denn diese werden natürlich als abprobierende Kommissare der Ullrich-Erdt betrachtet.

In Nr. 4 des Verteilungsblattes der Dresdener Ortsverwaltung der DGB ist ebenfalls ein Deparatikel zu finden: „Heraus zum Klassenkampf“ ist sein Titel. Hier werden die nachstehenden Sätze mit entsprechendem Hochkomma: gegen die Kommunisten veröffentlicht:

A. Die Wahl der Betriebsräte muß nach einheitlicher freigelegter Kandidatenliste erfolgen.

Hier hat die DGB-Verwaltung versuchen zu bemerken, das überflüssig ist, was die Opposition mit Einmütigkeit eine freigelegte Kandidatenliste aufstellt, die in der Handarbeit gebildeten Arbeitern eine eigene Liste aufzustellen haben. Die Kandidaten der Oppositionsliste aber werden durch die Unparteilichkeit der Oppositionsliste eine freigelegte Liste Mehrheit auf sich zu vereinigen, aus dem DGB ausgeschlossen.

B. Eine Organisation innerhalb der Organisation ist unzulässig und mit den Verbandsstatuten unvereinbar.

Hier hat man versucht zu bemerken, daß Parteimitglieder zur die SPD nicht in unzulässige für jeden SPD-Vorstand.

C. Kein Mitglied darf im Verband eine Tätigkeit ausüben nach Anweisung von Stellen, die außerhalb der Organisation stehen.

Die Verbandsleitung hat hier nicht hinzugefügt, daß Unzulässigkeit der SPD nicht damit gemeint sind.

D. Für die Einberufung von Gewerkschaftsversammlungen und Kongressen, Betriebskonferenzen, Ortsauschüssen der DGB ist zuständig die in den Statuten der Gewerkschaften vorgesehene Organe.

Die Bürokraten haben aber nicht geglaubt, daß diese Bestimmung nur für Kommunisten Gültigkeit hat, um Ausschüsse unzulässiger Oppositionsmitglieder vornehmen zu können.

Mit dieser Sache gegen die SPD will man das wahre Gesicht des DGB verfeinern. Klassenkampf ist unheimlich, er erschwert die Verdauung der letzten Kommissare nicht dazugehörigen Spielen und Nebennehmungen aus Fäden und Tantiemen. Weil nun diese lächerlichen Einflüsse durch Klassenkampf verloren gehen könnten, legt man an seine Stelle Wirtschaftsdemokratie. Die Auswirkung dieser Methode spiegelt nachstehender Klassenbericht wider:

3. Quartal		Vollstellige Ausgaben	
1. Gehälter der Ortsbeamten und Hilfsarbeiter	28 735,23 RM		
2. Für Vertretungsführung	30 948,16		
3. Sitzungsgelder, Fahrgebühren, Diäten	2 492,53		
4. Porto, Schreibmaterial, Druckkosten	6 884,33		
5. Büromiete, Heizung, Licht usw.	9 191,87		
6. Bibliothek- und Bildungswesen	5 898,49		
7. Agitation, Flugblätter, Jaltrate			
8. Verbandsunterstützung			
a) an durchgehende Kollegen	418,50		
b) an arbeitslose Kollegen	14 832,10		
c) bei Streik und Kohnbewegungen	814,80		
d) in besonderen Notfällen	647,00		
e) bei Sterbefällen	943,00		
9. In Ortsauschüsse des DGB	7 486,82		
10. Soziale Versicherungen	4 616,37		
11. Sonstige Ausgaben	634,66		
		Gesamtausgaben: 121 708,60 RM	

Dieser Klassenbericht weist aus:

Für Gehälter, Löhne und Sozialausgaben der Bürokraten	60% %
Für den Verwaltungsapparat	17 %
zusammen: 77% %	

Der Fabrikarbeiterverband befiehlt: Mitglieder müssen SPD wählen

In den Wahlkämpfen werden die Gewerkschaftsleiter, die Verbandsleitungen und der Gewerkschaftsapparat reiflich zur Unterordnung für die Sozialdemokratie eingeleitet. Die Beiträge der Verbandmitglieder wandern in den Wahlkästen der SPD. Wer von den Mitgliedern sich dagegen wehrt, wird mit Ausschluß bedroht, und wenn ein Funktionär sich weigert, für die Parteiführerpartei, für die Kontostandehelben und die Leute, die den Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung haben, Propaganda zu machen, dann wird er seinen Funktionen entbunden. Im Fabrikarbeiterverband sind die Dinge jetzt soweit gekommen, daß ein Wahlkampf der Ortsverwaltung nicht etwa mit den Gewerkschaften und den Entlassungen beschützt, sondern die Frage „wähle“ und was man am besten beschützt für die SPD leisten kann. Dann werden in einem besonderen Kundbrief an die anderen Ortsverwaltungen darauf hingewiesen, genau so zu verfahren. Wenn es in diesem Brief heißt: „andere Verbandsmittelglieder darauf hinzuweisen, ihre Stimme für die SPD abzugeben“, so weiß jeder aus der Praxis, daß der sozialdemokratische Gewerkschaftsapparat das Richtige tut. Der Kundbrief enthält mit dem Ausschluß abhandelt. Der Brief der Bezirksabteilung Cottbus ist an die anderen Ortsverwaltungen hat folgenden Wortlaut:

Als bei den letzten Sachverhandlungen der Gen. S. I. d. e. m. n. als Populärminister der Wahlkreise Waldheim ein Abgabblatt unterzeichnete mit der Aufforderung, die Arbeiter sollten ihre Stimme für die SPD abgeben, wurde er sofort seiner Funktion entbunden. Wir beweisen nicht, daß die Ortsverwaltung in Cottbus für ihre Tätigkeit einen lobenden Hinweis vom Hauptvorstand bekommt, und daß sie für Förderung vorgeworfen wird.

Die Fabrikarbeiter werden sich nicht terrorisieren lassen. Sie werden in allen Wahlkämpfen die Interessen der Arbeiter vertreten, die SPD ist die Partei des Arbeiters und der Partei der Arbeiter. Jeder Arbeiter wird sich schämen, für diese Partei Wahlkraft zu machen, oder gar für sie zu stimmen.

Die Fabrikarbeiter wählen am 17. November die Vize der Kommunisten!

Neue Ausschüsse aus dem Bauergewerksbund

Ausgeschlossen wurde Kollege Richard Siebler. Auf ein Jahr ihrer Rechte beraubt wurden die Kollegen Hugo Schneider und Kolih aus Freital, sowie Kuppert und Großel aus Rabenberg.

Abspaltung

der Berliner Jahreshilfe des Zimmererverbandes

Vollezeitliche Schließung des Büros durch die Reformisten

Das ist Spaltungskurs auf breiter Front. Damit wollen die Reformisten ihren Rufenden Einfluß vergrößern. Die Kritik an ihrer rechtswidrigen Haltung gegen den Arbeiterkampf soll durch solche Maßnahmen erreicht werden.

Duldet das nicht!

Kommt alle zur Protestversammlung Freitag 19.30 Uhr Körnergarten, Dresden-Neustadt, Große Meißner Straße. Es spricht Genosse Herbert Behner, außerdem spricht Stadtrat Paul Gruner, Betriebsratsvorsitzender der Städtischen Straßenbahn über: „Die Bedeutung der Gemeindevahlen für die Bauarbeiter.“

Wie mehr als 1/3 aller Ausgaben der Vollstellige in einem Vierteljahr werden für Verwaltungswesen verplempert (100 Lohnbewegungen und Streiks sind von 121 708,60 Mark Ausgaben abgezogen) erhebliche Betrag von 100 und 100 Mark 814,80 Mark = 7% Prozent verschwendet worden. Zur Erhaltung der meißtenden Ruh das hat letzten Verbandes, zur Förderung der Wirtschaftsdemokratie, stellt man sich als Verfeinerung vor, um und gibt 14 Prozent der Ausgaben für Verfeinerung des Bildungswesens für die Bildungswesen und Bibliothek, das heißt 7486,82 gegen die SPD werden 7% Prozent ausgegeben. Dann werden die Subvention an die Parteileitung, Flugblätter und Parteimitglieder Subvention an die Parteileitung, das Verbandsreformistische Parteimitglieder.

Jeder Metallarbeiter sollte sich diese Klassenberichte kritisch unter die Lupe nehmen, er wird bald genug merken, wo seine inneren erkrankten Stellen hinwandern. Jeder Metallarbeiter, der aus diesem Bericht schlüsselt, daß von den Ausgaben 80 013,54 Mark direkt oder indirekt für Gehälter und Verwaltungsbedarf werden und nur der 11% Teil dieser Summe, nämlich 914,80 Mark für Streiks und Lohnbewegungen Verwendung finden, wird den Kampf der Opposition gegen die Reformierung weiter Kreise der Arbeiterklasse: verstehen lernen, denn diese hohen Verwaltungskosten, die mehr als 1/3 der gesamten Ausgaben ausmachen, stellen nichts weiter als Schmiergelder an die Gehälter der SPD dar, die sich damit ein Stück von Lohnen und Ansehen nachbieten in ihrem Kampfe gegen den Arbeiterbewusstsein Teil der Arbeiterklasse. Denn die Partei der Beamteten der Bourgeoisie braucht zur Sicherung ihrer sozialdemokratischen Pläne solche sozialdemokratische Parteien der Arbeiterbewusstsein, in welcher als besondere Ariebe ein Gewerkschaft, Jürgel und Führung müssen, braucht Kreaturen, die lebenden Jürgel, bald ihre proletarische Ehre in den Dreck treten lassen, denn die Partei der Reformisten, in welcher die Schleifs und Schneiders Witz hatten, und die Kohl Wenzel u. a. noch Witz haben, muß solche Mittel anwenden.

Deshalb, Metallarbeiter, laßt euch von der Opposition im DGB, wählt in euren Betrieben alle Vertrauensleute, laßt gemeinsam mit der Opposition den Kampf gegen diese Methoden, jagt die Bürokratie überall da, wo sie auftritt, zum Teufel. Werdet Kämpfer in den Reihen der SPD für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Wählt Delegierte zum Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Verichtigung: In dem in der Montagausgabe erschienenen Artikel: „Der Dresdener DGB für Arbeiterunfall“ ... es in der 4. Zeile heißen: „in der Dresdener Hufeisenfabrik“ ...

S. BEJLYCH • L. PANTELEJEW 20 ●

SCHKID

DIE REPUBLIK DER STROLCHE

Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin, 1930

„Roß! Dreche soll er kriegen!“ rief Spah aufgeregt. Aber es war schon zu spät. Val Konigshaus war nicht mehr in der Schule. Er war schon verdrückt, und zurück blieb eine merkliche verworrene Erinnerung.

Eine ganz andere Taktik befolgte ein Lehrer, den man wegen seiner Wagemut „Streichholz“ nannte. Es war ein unglücklicher Mensch. Er war Leutnant gewesen, hatte an der Front eine Gehirnerschütterung erlitten und war danach schmerzhaft und hinter geworden.

Er kam in die Schule als Turnlehrer, ergreift sofort Partei für die Leitung und befolgte danach alle Vorschriften.

Er trat ohne Erbarmen, trug jede Kleinigkeit ins Klassenbuch ein und entzog den Schülern bei jeder Gelegenheit den Urlaub.

Ein guter Pädagoge ist gewöhnlich ein guter Diplomat. Er überlegt es sich genau, bevor er einen Schüler bestraft oder einschreibt.

Das Streichholz machte sich keinerlei Gedanken und kratzte nach rechts und links, um sich bei der Leitung beliebt zu machen. Er ging durch die Schule, warf wütende Blicke nach allen Seiten und brummte:

„Du wirst zur Strolche an den Ofen gestellt.“

„Du wirst eingeschperrt.“

„Du kriegst kein Mittagessen.“

„Du kriegst keinen Urlaub.“

Streicher sah sammelte sich an. Es entspann sich ein Krieg, der mit dem Sieg der Strolche endete.

Die Lehrerkonferenz erklärte, daß Streichholz ein untauglicher und unfähiger Pädagoge sei, und den Lehrer mußte gehen. „Genau so erging es dem „Penionisten“, einem halboberbürgertlichen Studenten, der keinerlei pädagogische Erfahrung besaß und nicht imstande war, mit den Schülern zu arbeiten.

Wiel von ihm-er Sorte bekam die Schilde zu leben.

In die leuchtig Mann marschieren im Laufe von zwei Jahren durch die Schule. Sie kamen und gingen.

Rat langsam bildete sich ein Stamm wirklicher Pädagogen heraus. Nur zehn von den leuchtig verstanden es, sich an die „Defekten“ Jugendlichen anzupassen; diese zehn gaben ihre ganze Kraft hin und brachten die Schule in die Höhe.

Olga Klenachewna war weich, mild und gütig, fast zu gütig. Als sie zum Vektor kam, um sich als Lehrerin der Anatomie vorzustellen, sah sie dieser ohne Sympathie an und glaubte, sie werde kaum mit den ausgefallenen Kuriositäten fertig werden. Doch es kam ganz anders. Das, was den anderen Lehrern nur durch Drohungen und Strofen gelang, erreichte sie erhaltungsweise mühelos, ohne jede Anstrengung.

Trotz ihres gebrechlichen und tränklichen Aussehens brachte sie einen Riesenerfolg an Raschheit. Sie lieh sie, drohte niemandem und hatte trotzdem nach einem Monat die Liebe aller Schüler gewonnen. Ihr Unterricht hatte in allen Klassen Erfolg.

Sogar die Faulen machten Fortschritte.

Mamaschen, die Faulen und Spah, diese traditionellen Faulenzer, hatten plötzlich Interesse am menschlichen Skelett und hätten zweifellos große Fortschritte gemacht, wenn nicht eine schwere Krankheit die Lehrerin gezwungen hätte, die Schilde für einige Zeit zu verlassen.

Der Bürgerkrieg war zu Ende. Wie viele schönen Klubs und Festgesellschaften aus der Erde.

Kuch in der Anstalt wurde die Frage auf.

Die Jungen hatten viel freie Zeit. Die sollte vernünftig angewandt werden.

Da erschien Mirra Koriowna auf dem Plan, eine rundliche, lebenslustige Jählin. Sie kam an einem Abend in die Klasse und brachte sofort Leben in die Hufe.

„Also, Jungens, da bin ich. Wir wollen zusammen arbeiten.“

„Angehören“, brummte Mamaschen. „Das mit der Arbeit kriegen Sie sich aus dem Kopf. Da ist alle Lebensmühe umsonst. Daran werden Sie sich die Finger verbrennen!“

„Aber warum denn?“ Die Lehrerin war ehrlich erstaunt. „Was das denn so schlimm, wenn wir ein Stück einleben, irgend etwas aufbauen?“ Das, was auch doch selber Spah und auch den anderen.

„So? Ein Stück? Das ist fein.“

„Dah der Quatsch, Mamaschen. Für so was sind wir!“

Mit Koriowna begann nun die Arbeit.

Die Festtage begannen sehr bescheiden, und deshalb ging Mirra Koriowna mit großer Eile an die Sache.

Die Stücke wurden schnell gemalt.

Es waren „Der geizige Ritter“ und einige Fragmente aus

„Boris Godunow“ (Werte von Volskin — Wm. d. Heberl.). Die Proben begannen.

Mirra Koriowna half eifrig mit.

Abends versammelte man sich in der Klasse und probte.

Japs, der den Monolog des Jaren Boris übernommen hatte, ließ sich mitten in die Klasse und frag ihn vor. Sobald er aber an die Stelle kam:

„Stille! Knaben stehen vor mir auf ...“

periet er ins Stocken. Sein ganzes Temperament war im Nu verfliegen, und er konnte nicht mehr weiter.

Darauf ermahnte ihn Mirra Koriowna mit aller Nachsicht, aber doch entschieden:

„Gehen ... Wieder falsch ...“

Conin weinte tief und lang wieder vom vorn an. Doch allmählich arbeitete er sich durch. So verlief die Stunde schnell mit Proben und Bewegungsspielen, die die „unentwegte Mirra“, wie die Jüglinge sie nannten, organisierte.

Ihr Verhältnis zu den Jüglingen wurde immer vertraulicher, und sie war bald so beliebt, daß die Jungen ganz bestimmt waren, wenn nicht sie, sondern ein anderer die Aufsicht hatte.

Sobald ihr Halbpelz aus Schafwolle austauchte, schaute es sofort durch die ganze Schilde:

„Mirra Koriowna ist da!“

Der Tag der Aufführung war ein Triumph für sie.

Die Jungen spielten mit größtem Schwung.

Es war der schönste Festabend der Schule. Nach Abschluß des Programms bereiteten die Schilde den Zuschauern eine Heberzählung.

Auf der Bühne erschien Jantsch, den man einstimmig zum Konfrenzierer gewählt hatte, und teilte mit, daß die Schilde als Ergänzung des Programms ganz selbständig eine Nummer zu Ehren der Lehrerin vorbereitet hätten. Dann las er ein Begrüßungsgebißt vor:

Das grandiose Spiel ist aus.

Doch, bitte, geht noch nicht nach Haus.

Mirra Koriowna trat vor und sprach:

Sie laßt die Schilde führen. Sie war unsere Regisseurin. Von da an wurde die Freundlichkeit noch inniger. Eines Tages aber teilte Mirra traurig mit, daß sie verheiratet. Die Trennung war schmerzhaft. Es war aber nichts zu machen. Die fröhliche Lehrerin mit dem Schafspelz verstand für immer aus der Schilde Republik. Nur die Erinnerung an sie wurde dauernd frisch erhalten dadurch, daß eine im „Splendid Palace“, einem Kino, angeheilt Freundin Mirras den Jüglingen Jantsch und Japs jede Woche einmal ein Preisbilletts verschaffte.

